

Volker Wellhöner

»Fordismus« in Spanien – Import, Dynamik und Perspektiven eines Industrialisierungskonzeptes –

***Zusammenfassung:** Der Artikel bemüht sich um die Entwicklung eines Interpretationskonzeptes für die spanische Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung im internationalen Kontext während des Franquismus. Dabei wird die These vertreten, daß die Weltmarktöffnung Spaniens ab 1959 den Weg für die Implantierung eines spezifisch spanischen, semiperipheren Fordismus freimachte. Diese Implantierung ermöglichte zunächst das vielzitierte »milagro español«, das spanische Wirtschaftswunder der sechziger Jahre, schlug dann aber in eine Depressionsspirale um, die in der Krise der siebziger Jahre eklatierte. Die während dieser Krise zutage tretende regulative Inkompetenz des franquistischen Staates leistet einen wesentlichen Erklärungsbeitrag dafür, daß mit dem Tode Francos auch der Franquismus als politisches System unterging.*

Einleitung

Mallorca, August 1989: Ich sitze auf der Terrasse eines guten Freundes – seines Zeichens Meisterkoch und Bodegabesitzer – und teile meinen Tisch mit einem ausgesprochenen Veteranen des Spanien-Tourismus. Der Mann lebt in Bremen, kommt seit 1951 jedes Jahr und kennt, wie er sagt, die iberische Halbinsel wie seine Westentasche. Die Quintessenz seines – durch Alkoholgenuß zunehmend blumigen und nostalgischen – Diskurses faßt er gegen zwei Uhr morgens in einer griffigen Formel zusammen: »Das Abenteuer Spanien existiert nicht mehr«. Man fühle sich wie in Deutschland, die Preise seien hoch, das Essen erinnere an Gelsenkirchen, guter Flamenco sei nur noch selten zu finden, die spanische Gemütlichkeit (*mañana es otro día* – morgen ist auch noch ein Tag) sei verschwunden, die Gastfreundschaft von früher... Am nächsten Morgen sitze ich zum Frühstück in derselben Bodega am selben Tisch und werde abermals auf die Metamorphosen in Spaniens Erscheinungsbild gestoßen, diesmal aber nicht in der romantisierenden Terminologie des bundesrepublikanischen Italienschlagers der fünfziger Jahre, sondern in Form eines Brandartikels zur immer schärfere Konturen annehmenden Krise der spanischen Tourismusbranche. Ich habe nämlich »El País« aufgeschlagen und lese:

»Wir unterscheiden uns nicht mehr... Es verlassen uns einfach deshalb viele Europäer in Richtung Tunesien oder Jugoslawien, weil Katalonien und der größte Teil von Spanien – in dieser Hinsicht ist die Gleichsetzung legitim – nicht mehr different sind.« (El País, 10.8.1989)

Es deutet sich ein Paradoxon an: die von so breiten Teilen der spanischen Öffentlichkeit, Wissenschaft und Publizistik über Jahrzehnte hinweg als Modernisierungs- und Wachstumsparadigma beschworene Assimilierung an das dominante okzidentale Gesellschaftsmodell¹ läßt im Zuge ihrer Realisierung die Lage einer für Wachstum und Zahlungsbilanz strategischen Branche prekär werden:

»Der Tourismus, eine Staatsfrage. ... Es ist ein Gemeinplatz nicht nur der Regierung, sondern der gesamten Gesellschaft, daß der Tourismus eine unserer Hauptindustrien ist, auf die ca. 10 % des Bruttoinlandsproduktes und mehr als 8 % der privaten Nachfrage entfallen, die Hunderttausende von Arbeitsplätzen direkt schafft und noch einmal ebensoviele induziert, und die schließlich bis heute als Balsam fungierte für unsere chronischen Mißstände im Austausch von Gütern und Dienstleistungen.« (El País, 7.9.1989)

Nun läßt sich bei isolierter Betrachtung des Tourismus durchaus mit guten Gründen argumentieren, das Krisenempfinden resultiere lediglich aus der Frustration überzogener Wachstumserwartungen, denn es schrumpfen (bisher) nicht die absoluten Werte der relevanten Indikatoren, sondern ihre Wachstumsraten (I.F. Lago, El tamaño de la crisis, in: El País, 27.9.1989). Es ist aber gerade die *Expansion* des Tourismus, der eine Schlüsselrolle für die Balance der wirtschaftlichen Dynamik – Balsam für die chronischen Mißstände – zukommt, und eben in diesem Tatbestand scheint die Substanz des zugrundeliegenden Problems auf: der Import der in den Zentren der kapitalistischen Weltwirtschaft entstandenen Produktions-, Organisations- und Konsumtionsformen nach Spanien und der – wenn auch zögerliche – Abbau autarkistischer Vorbehalte gegen die Wirkungsmechanismen des Weltmarktes seit 1959² eröffnete außerordentliche Wachstumschancen, die in den sechziger Jahren das vielzitierte »milagro español«, das spanische Wirtschaftswunder, hervorbrachten. Doch gleichzeitig schuf diese Adaption des westlichen Akkumulationsmodells innere und – über den Weltmarkt vermittelte – äußere Widerspruchspotentiale, die in der Krise der siebziger Jahre eklatierten und Spanien mit der desillusionierenden Erfahrung konfrontierten, die mehr oder minder alle kapitalistischen Industrieländer in dieser Zeit teilten: dem »kurzen Traum immerwährender Prosperität« (Lutz 1989) folgte die Ernüchterung der »Stagflation«. Galoppierende Inflation bei gleichzeitig steigender und chronischer Arbeitslosigkeit entlarvten das »magische Viereck«³, jene Zielvorgabe optimistischer Wirtschaftstheorie und -politik, als eine Schimäre, der man für lange Zeit vergeblich würde nachjagen müssen. In der Substanz dieser Erfahrung unterschied sich Spanien in nichts von anderen Ländern, für Spanien spezifisch dagegen war die vergleichsweise hohe Intensität der ökonomischen Krise und ihre Koinzidenz mit der Krise des politischen Subsystems, der Agonie des Franquismus. Zumindest ein zentraler Aspekt der Krise wirkt bis heute ununterbrochen mit kaum geminderter Virulenz fort; es scheint nämlich auch optimistischen Beobachtern der Lage »praktisch unmöglich, die Arbeitslosigkeit als Problem bis zum Ende des Jahrhunderts zu beseitigen« (Fuentes Quintana 1988, S. 56). Doch damit keineswegs genug: Nimmt man alleine die Wirtschaft in den Blick, so ließe sich von der Renaissance beunruhigender Inflationsraten über Zahlungsbilanzschwierigkeiten und Probleme des Staatssektors bis hin zu sektoralen wie regionalen Verwerfungen eine längere Kette prekärer Tendenzen aufzählen, zu deren Kurierung die sozialistische Regierung der spani-

schen Gesellschaft gerade jüngst abermals eine Roßkur von »medidas de reajuste económico« (Maßnahmen zur ökonomischen Anpassung) verordnet, deren unverträgliche Nebenwirkungen die ohnehin fragile soziale Kohäsion des Landes weiteren Belastungen auszusetzen drohen. Auf Kosten des »Modernisierungsprozesses« stoßen wir in Spanien aber auch, wenn wir über den Tellerrand ökonomistischer Weltsicht hinaus kulturelle Elemente in unsere Bilanz aufnehmen: jeder, der als sonnenhungriger Spanien-Tourist der Monster-Architektur weiter Küstenstriche angesichtig wurde, verfügt in diesem Zusammenhang über Erfahrungswissen. Der Schriftsteller Manuel Vázquez Montalbán hat diese Seite der Medaille mit kaum zu überbietendem Zynismus auf den Punkt gebracht, indem er seinen Titelhelden, den Privatdetektiv Pepe Carvalho, während dessen Recherchen auf den Kanarischen Inseln nach dem mißglückten Versuch, einheimische Speisen zu finden, reflektieren läßt:

»Für Carvalho war dies ein Symptom dafür, daß die Inseln sich selbst vergessen haben. Ein Volk, das weder seinen eigenen Wein trinkt, noch seinen eigenen Käse isst, muß in einer schweren Identitätskrise stecken.« (Vázquez Montalbán 1986, S. 80).

Daß auch in diesem Fall »Basis und Überbau« nicht voneinander getrennt gedacht werden können, verdeutlicht ein Blick auf die (durchaus nicht uneingeschränkt rosigen) Perspektiven, die der Wandel in den Formen des Lebensmittelkonsums der spanischen Landwirtschaft und Ernährungsindustrie eröffnet. (Hierzu etwa García Delgado u. Muñoz Cid 1988).

Zur gängigen Interpretation der spanischen Wirtschaftsentwicklung seit 1939

Sollen nun diese – noch vorwissenschaftlichen – Erwägungen ein ökonomisch düsteres und kulturpessimistisches Szenario als Referenzfolie für die Interpretation der spanischen Gesellschaftsentwicklung der drei letzten Jahrzehnte suggerieren? Keineswegs, aber es nimmt schon wunder, mit welcher Entspantheit führende Interpreten dieser Entwicklung ihre zahlreichen Labilitäten, Rückschläge und Schattenseiten gewissermaßen als Kinderkrankheiten und jugendliche Verfehlungen eines an sich überaus vitalen heranwachsenden Kapitalismus westlichen Zuschnitts behandeln.⁴ In der Regel entsteht dieses Bild durch Bezugnahme auf hochaggregierte, lange Datenreihen – etwa die Wachstumsraten des Bruttoinlandprodukts –, die über ca. 150 Jahre hinweg Spaniens Industrialisierung in einen internationalen Kontext stellen sollen.⁵ In dieser Sicht gleicht die spanische Ökonomie in gewisser Weise einem Ritter auf seiner langen Suche nach dem Gral: dem Patentrezept zur Gewährleistung eines zugleich *gleichgewichtigen, langfristigen und starken industriekapitalistischen Wachstums*, seinerseits Schlüssel für die Modernisierung der spanischen Gesellschaft und ihrer ersehnten Rückkehr in den exklusiven Kreis der am höchsten entwickelten Staaten der Erde. Auf seinem steinigen Weg, auf dem wiederholt Phasen relativer Erfolge durch Etappen mit stagnativem Grundton abgelöst werden, tappt unser Ritter immer wieder in zwei elementare Fallen: *Protektionismus und Interventionismus*. Diese Verirrungen hat er regelmäßig mit einem hohen Preis zu bezahlen: suboptimale Allokation

tion der Ressourcen, technologische Stagnation, Verlust an internationaler Konkurrenzfähigkeit, Zahlungsbilanzungleichgewichte und so weiter und so fort. Es sind die frühen Jahre des Franquismus (bis ca. 1959), die den Protektionismus bis zum isolationistischen Streben nach Autarkie steigern und den Interventionismus bis hin zur pathologischen Bürokratisierung. Damit spitzen diese Jahre nicht nur die genannten Defekte der spanischen Ökonomie derartig zu, daß diese im de facto-Staatsbankrott der späten fünfziger Jahre eklatierten, sondern werfen auch die internationale Aufholjagd des Landes im Entwicklungswettlauf – und das heißt wesentlich Wachstumswettlauf – um Jahrzehnte zurück. Doch in der Stunde der schwärzesten Not findet unser Ritter dann doch den Gral – weil ihm eine Elite (damals) junger Ökonomie-Technokraten, unterstützt vom westlichen Ausland, dazu verhilft: die *ökonomische Liberalisierung* nach »außen« wie nach »innen«, sprich die Entfesselung der Marktkräfte. Nach gewissen zaghaftigen Experimenten mit der neuen Wunderwaffe bereits seit Beginn der fünfziger Jahre wird sie mit dem legendären Stabilisierungsplan von 1959 zum offiziellen Credo und Gestaltungsprinzip der Realitäten erhoben. Damit liegt das Fundament für das »milagro español« der sechziger Jahre: Spanien erzielt bis 1973 mit durchschnittlich über 7% hinter Japan die zweithöchsten Wachstumsraten der westlichen Welt.⁶ Und dennoch: mangelnde Konsequenz und ideologische Häresie, die letztlich in der Inkompatibilität von ökonomischem Liberalismus und politischer Diktatur ihre Wurzel haben, verhindern eine optimale Nutzung der sich bietenden Chance. Starke protektionistische Reste, die Kontinuität institutioneller Rigiditäten – nicht nur, aber vor allem des Lohnverhältnisses – sowie planerischer Übereifer hindern die »invisible hand« des Marktes an der vollen Entfaltung ihrer Wirkungsmacht. Auf diese Art und Weise entstehen und kumulieren strukturelle Ungleichgewichte, die ab 1973 als Erblast die Wirkung des Ölshocks verstärken und die *Intensität*, mit der die internationale Krise gerade Spanien trifft – nicht aber die Krise selbst, der keine endogenen Mechanismen zugrundeliegen –, erklären. Es bleibt schließlich der Demokratie vorbehalten, nun endlich konsequent das neoliberale Bekenntnis zu Flexibilität, Markt, Wettbewerb und Europa in die Tat umzusetzen und institutionelle Barrieren zu beseitigen. Als exponiertester Protagonist dieses Prozesses fungiert – welch' List der Geschichte – ausgerechnet die sozialistische Regierung unter González, gleichsam in Realisierung des sozialistischen Evergreens: »Brüder, zur Sonne, zur Freiheit, ... « Daß dabei ausgerechnet der weitgehend ungehemmte Marktmechanismus, dessen induzierte Verteilungsungerechtigkeit und Ineffizienz der Sozialismus seit weit über einem Jahrhundert zu geißeln nicht müde wurde, nun »Sonne und Freiheit« garantieren soll, spricht eben für die Lernfähigkeit der PSOE und tut der positiven Bilanz keinen Abbruch. García Delgado formuliert die »Moral von der Geschicht«:

»... die Demokratie hat die Anpassungsanstrengungen ermöglicht, die die spanische Wirtschaft seit ihrer Heraufkunft unternommen hat. ... die jüngste Erfahrung, vom Ende der achtziger Jahre aus beurteilt, ist nichts anderes als ein weiterer Beweis für die schon so oft erwiesene Parallelität zwischen Wachstum und ökonomischer Liberalisierung, auf dem Felde des Außenhandels ebenso wie dem der Regulierung der Wirtschaftsaktivität und des inneren Marktes.« (García Delgado 1988, S. XXI.)⁷

... und warum sie inadäquat ist.

Unter den aprioristischen Annahmen, derer das skizzierte Interpretationsschema für seine Stringenz bedarf, sind drei von fundamentaler Bedeutung:

a) Es existiert (auch) für die spanische Ökonomie ein langfristiger *potentieller* Entwicklungspfad optimalen respektive natürlichen Wachstums, der es ermöglicht, Entwicklungsbrüche und/oder das Zurückbleiben hinter dem Ausland als Fehlentwicklungen zu brandmarken und dem Fehlverhalten dieser oder jener gesellschaftlichen Akteure zuzuordnen.

b) Es gilt das Say'sche Theorem in seiner neoklassischen Fassung: man gewährleiste staatlicherseits eine optimale Information der ökonomischen Akteure und verhindere auf ordnungspolitischem Wege Lohn- und Preisrigiditäten – so erhält man, von kurzfristigen exogenen Störungen des Systems abgesehen, mittel- und langfristig ökonomisches *Gleichgewicht* – sprich Räumung sämtlicher Märkte – bei optimalen Wachstumsraten.

c) Ein friktionslos funktionierendes liberales ökonomisches Subsystem erfordert als Komplement eine parlamentarische Demokratie westlicher Prägung. Ist dieses Begriffspaar Realität geworden, entstehen gleichzeitig alle notwendigen und hinreichenden Voraussetzungen für eine *soziale* Kohäsion, was in der Errichtung wohlfahrtsstaatlicher Strukturen seinen Ausdruck findet.

So oft alle drei Hypothesen kritisiert worden sind, so zäh ist ihr Leben – ohne daß sie allerdings *aus meiner Sicht* durch hartnäckiges Wiederholen richtiger würden. Ich will thesenartig deutlich machen, warum sie mir für die Interpretation der hier interessierenden ca. 50 Jahre spanischer (Wirtschafts-)Geschichte seit 1939 inadäquat erscheinen.

Zu a) Die Hypothese a) ist von Burkart Lutz als Kontinuitätsparadigma bezeichnet und m.E. einer überzeugenden Kritik unterworfen worden. Sie unterstellt nämlich, daß ein einmal entfesselter Industrialisierungsprozeß eine Entwicklungslogik freisetzt, die erstens vom historischen Wandel unbeeindruckt gültig bleibt, die zweitens einen spezifischen, wachstumskonformen Verhaltenskodex als rational identifizierbar macht, und der noch dazu drittens in Abstraktion vom historischen Raum regionale Universalität zukommt. (Lutz 1989, S. 37 ff.) Derartige Konnotationen aber verdünnen letztlich den analytischen Zugriff auf »Entwicklung« und »Industrialisierung« zu einem Vergleich des realen Zeitpfades makroökonomischer Aggregate mit seinem statistisch – durch Extrapolation – ermittelten oder einfach intuitiven »optimalen« Verlauf. Kausale Erwägungen gewanden sich dann in der Regel als Spekulationen über die Gründe der Diskrepanz zwischen optimaler und realer Entwicklung. Demgegenüber bleibt die *Formspezifität* des Wachstumsprozesses, die m.E. erst seine innere Mechanik – und damit seine Grenzen und Perspektiven – erklären kann, nur allzu oft außen vor. Will man diese Erklärung leisten, so die These, hat man zwei prinzipielle Zusammenhänge zu berücksichtigen, die das analytische Potential des Kontinuitätsparadigmas übersteigen:

1. Ökonomische Entwicklung bedarf einer kompatiblen und korrelierenden institu-

tionellen Infrastruktur, ohne die der Industrialisierungsprozeß unvollständig und verkrüppelt bleiben muß. Damit soll keinem Determinismus im Sinne der Hypothese c) das Wort geredet werden. Wohl aber soll behauptet werden, daß das institutionelle Arrangement zu den konstituierenden Elementen eines spezifischen Entwicklungsmodells gehört. Von der Organisations- und Adaptionkapazität dieses Arrangements hängen Überlebens- und Entwicklungschancen des betreffenden Akkumulationsmodells wesentlich ab.

2. Der Weltmarkt ist kein an der nationalen Grenze beginnendes, homogenes ökonomisches Fluidum, dem sich die einzelnen Staaten zweckmäßigerweise (möglichst vorbehaltlos) öffnen, um automatisch zu einem allseits befruchtenden Austausch zu gelangen. Er stellt sich vielmehr dar als ein *hierarchisch strukturiertes* Prinzip internationaler Arbeitsteilung, das permanent in Nation und Region präsent ist und sich dort mit einer Vielzahl von konkurrierenden ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Logiken zu einem komplizierten System von Sachzwängen und Handlungschancen vermischt. Deren Perzeption und systemkonforme Adaption auf nationaler Ebene wiederum fällt dem institutionellen Arrangement zu, das auf diese Weise zu einer permanenten partiellen Autotransformation gezwungen ist, bis schließlich seine Regulationskapazität sich an den Erfordernissen der kapitalistischen Akkumulation – denn um eine solche handelt es sich ja im spanischen Fall – blamiert und seine mehr oder minder umfassende Substituierung ansteht (Alt Vater 1988, S. 146 ff.).

Diese beiden Thesen werden mir als Ausgangspunkte bei der Entfaltung meines eigenen Vorschlags für die Interpretierung der spanischen Wirtschaftsentwicklung nach 1939 dienen. Beide zusammen zwingen dazu, das Kontinuitätsparadigma fallenzulassen: Wenn institutionelle Arrangements einen integralen Bestandteil des jeweiligen Akkumulationsregimes ausmachen und wenn dieses mit jenen historischen Transformationen unterworfen ist, steht die Idee eines periodenübergreifenden natürlichen Wachstumspfades auf ziemlich schwachen Füßen, denn dieser müßte sich ja, wollte man ihn wirklich substantiell begründen und nicht nur statistisch ex post ermitteln, als Resultierende eines Kräfteparallelogramms ergeben, dessen Konstituenten im wesentlichen konstant bleiben. Wenn darüber hinaus der Weltmarkt als hierarchisch gegliedertes System zu begreifen ist, so sind nicht ohne weiteres Wachstums- und Entwicklungsperspektiven von Zentren dieses Systems auf die Peripherie und Semiperipherie zu übertragen.

Zu b) Obwohl historisch und theoretisch weit mehr als einmal ad absurdum geführt, ist die gleichgewichtstheoretische (neoklassische) Version des Say'schem Theorems derzeit wieder sehr en vogue. Ganz abgesehen von modelltheoretischen Vorbehalten gegen die neoklassische Begriffswelt – spätestens seit der berühmten Cambridge-Kontroverse um den Reswitching-Effekt ist zumindest höchst unklar, ob sie sich überhaupt innerer Konsistenz rühmen darf –, macht ein (meines Wissens) auf Joan Robinson zurückgehendes Argument die Gleichgewichtsdoktrin für die historische Analyse besonders ungeeignet: in Analogie zur Pendelbewegung konzipiert, kennt sie prinzipiell nur Oszillationen um einen Gleichgewichtszustand. Der historische Prozeß aber zeichnet sich eben nicht durch ein gleichgewichtiges Gravitationszen-

trum aus, sondern kennt Strukturverwerfungen und -brüche vielfältiger Natur, was für die Gleichgewichtstheorie eine eklatante Inadäquanz ihres methodischen Instrumentariums für die historische Analyse impliziert. In den Worten von Joan Robinson:

»Eine Raummetapher, angewandt auf Phänomene der historischen Zeit, ist ein sehr zweischneidiges Schwert. Oftmals sägt das Gleichgewichtskonzept selbst an dem Ast, auf dem es sitzt.« (Robinson 1953, S. 85)

Zu c) Hinter der Hypothese c) steht die Behauptung, daß der Franquismus der spanischen Demokratie eine ökonomische Erblast hinterlassen habe, welche die Krise der siebziger Jahre wesentlich verschärft hat und die unter großen Opfern (Arbeitslosigkeit, struktureller Wandel, Bilanzungleichgewichte etc.) in einem ca. zehnjährigen Prozeß bis 1985 hat abgetragen werden müssen. Daß aber das »milagro español« der sechziger Jahre unter den politischen Vorzeichen einer parlamentarischen Demokratie gleichgewichtiger verlaufen wäre als unter dem autoritären politischen Regime des Franquismus, ist mehr ein ideologisches Credo denn ein beweisbares Theorem. Es soll im folgenden zwar nicht bestritten werden, daß die Agonie des Franquismus und die Intensität der sozioökonomischen Krise sich gegenseitig verstärkten – ganz im Gegenteil – doch zeigen sowohl die sechziger Jahre in Spanien selbst als auch die Geschichte einiger ostasiatischer Schwellenländer, daß zwischen dynamischer kapitalistischer Akkumulation und parlamentarischer Demokratie unter Weltmarktbedingungen *eben keine* notwendige Korrelation besteht – was mit dem ersten Teil von Hypothese c) inkompatibel ist. Der zweite Teil der Hypothese ist letztlich nichts anderes als ein um die soziopolitische Dimension erweitertes Say'sches Theorem. Demgegenüber soll die These entwickelt werden, daß das in Spanien seit dem Ende der fünfziger Jahre (als spezifisch spanische Variante) implantierte *fordistische Akkumulationsmodell* zunächst die Bedingungen für die lange Expansionsphase der sechziger und frühen siebziger Jahre schuf, dabei aber *endogene* Widerspruchspotentiale aufbaute, die vom »Ölschock« lediglich zum Eklat gebracht wurden. Diese Widerspruchspotentiale enthüllten zwar nach und nach die Unvereinbarkeit der Fortexistenz des Franquismus mit einer Überwindung der sozioökonomischen Krise, verdankten aber ihre Existenz der inneren Logik der spezifisch fordistischen Form kapitalistischer Akkumulation. Prinzipiell verlief daher die Krisenmechanik in Spanien nicht anders als in den entwickelten liberaldemokratischen Zentren der westlichen Welt, wo das fordistische Akkumulationsmodell – ungeachtet aller politischen Unterschiede – zur gleichen Zeit ebenfalls an seine Grenzen stieß. – Diese Thesen werden nun in großen Zügen zu entfalten sein.

Die internationale Perspektive

Man muß sich nicht erst mit Immanuel Wallerstein – er wurde vom Afrikanisten zum Theoretiker des Weltsystems – auf eine spannende Reise durch seinen eigenen intellektuellen Werdegang begeben, um festzustellen, daß erstens prinzipiell Nationalstaaten bestenfalls bedingt sinnvolle Untersuchungseinheiten für die Analyse ökonomischer

mischer Zusammenhänge sind (Wallerstein 1986, S. 13 ff.), und daß zweitens im Falle des zeitgenössischen Spaniens der Weltmarkt auch in den kleinsten Details des täglichen Lebens präsent ist. Hat man sich etwa an einem heißen Tag am Strand mit kalten Getränken den Magen vergrätzt und konsultiert einen Apotheker über Möglichkeiten, dem daraus resultierenden Zwang zum häufigen Toilettenbesuch abzuhelfen, so ist fast sicher: Hilfe kommt in Form von Pillen aus Leverkusen. Derartige Beispiele ließen sich in beliebiger Menge anführen, und die Selbstverständlichkeit, mit der man sie zur Kenntnis nimmt, indiziert den Wandel, der in Spanien seit den (späten) fünfziger Jahren stattgefunden hat. Denn bis zu dieser Zeit – vor allem aber während der vierziger Jahre – kennzeichneten eine – teils staatlicherseits bewußt verordnete, teils auf Devisenmangel und internationalen Boykott zurückgehende – Knappheit ausländischer Importe und Abwesenheit ausländischer Unternehmen Produktion und Konsumtion der Spanier. Nicos Poulantzas hat *Grenzziehung* als eine der wesentlichen Funktionen des bürgerlichen Staates beschrieben und mit der Konsolidierung des nationalen Akkumulationsprozesses verbunden (Poulantzas 1978, S. 96 ff.). Der sich auf diese Art und Weise territorial konstituierende *politische Funktionsraum* hat die Eigenart, nicht mit dem (globalen) *ökonomischen Funktionsraum*, im Rahmen dessen sich die Reproduktion des Kapitals real vollzieht, zusammenzufallen – weder räumlich noch hinsichtlich der ihn strukturierenden Logik. Elmar Altvater hat diesen Zusammenhang m.E. auf einen präzisen Begriff gebracht:

»Man kann sagen, daß auf identischem territorialen Raum unterschiedliche funktionale Räume (nicht friedlich, sondern widersprüchlich, konfliktiv) koexistieren. ... Die Regulierungskapazität des Nationalstaats endet in der Regel an der nationalen Grenze bei der Beeinflussung von Wechselkursen, bei der Festlegung von Zöllen, Kontingenten etc. Die Tatsache allein, daß Nationalstaaten Zirkulation und (in begrenztem Maße) Produktion politisch regulieren können, macht es sinnvoll, zwischen nationalen Märkten und Weltmarkt, zwischen Politik (des Nationalstaats) und Ökonomie (des Weltmarkts) zu unterscheiden. ... Pointiert kann gesagt werden, daß die Logik des Weltmarkts diejenige der Ökonomie des Wertgesetzes ist, diejenige der Nation (bzw. des Nationalstaats) das politische Prinzip der Bildung und Erhaltung eines hegemonialen Blocks, diejenige der Region eine bestimmte Weise bzw. Form der gesellschaftlichen Reproduktion (einschließlich eines spezifischen Zeit- und Raumverständnisses) der Menschen und ökologischer Reproduktionsbedingungen (einschließlich der regionalen Ressourcenausstattung).« (Altvater 1987, S. 88.)

Zugespitzt formuliert, liegt die Bedeutung der »kopernikanischen Wende« des Jahres 1959 für Spanien gerade darin, daß der Stabilisierungsplan das offizielle staatliche Eingeständnis des Primats des Wertgesetzes (Logik des Weltmarkts) gegenüber der Logik des Nationalstaats implizierte – hatte doch der hegemoniale Block des Landes zuvor zwanzig Jahre lang ebenso hartnäckig wie erfolglos versucht, sich diesem Prinzip entgegenzustemmen. Von 1939 bis 1959 hatte der spanische Staat im Rahmen seiner Autarkiepolitik eine *tendenzielle* territoriale Koinzidenz von ökonomischem und politischem Funktionsraum erzwungen und die Logik des Weltmarkts (internationale Wechselkurse, das Produktivitätsgefälle etc.) gewaltsam zu ignorieren versucht. Doch die Auswirkungen dieser Strategie – katastrophale Engpässe bei Konsumgütern, Rohstoffen und Investitionsgütern nebst steigender gesellschaftlicher Konfliktivität ob dieser Zustände, Inflation, sowie Ungleichgewichte bei Handels- und Zahlungsbilanz, führten bereits seit dem Beginn der fünfziger Jahre zur allmählichen

Aufweichung dieser Strategie, deren definitive Obsolenz dann spätestens seit dem de facto Staatsbankrott 1957/58 offenkundig wurde. Der letzte Grund für den sich im Endeffekt gewaltsam bahnbrechenden Primat der Logik des Weltmarkts gegenüber den autarkistischen Aspirationen des Blocks an der Macht in Spanien liegt in der Widersprüchlichkeit des Doppelcharakters warenproduzierender Arbeit: während sich die Tauschwertzirkulation über staatlichen Zwang tendenziell auf den nationalen Markt restringieren ließ, verwies die *stoffliche* und *technologische* Abhängigkeit der spanischen Produktion ultimativ auf Importe aus dem Ausland – denen keine hinreichenden Exporte gegenüberstanden, eben weil die Allokation der Ressourcen in Spanien sich systematisch nicht am Weltmarktstandard der Produktivität orientierte und das Land aus diesem Grunde konkurrenzunfähig blieb, zumal sich die spanische Wechselkurspolitik bis zum Ende der fünfziger Jahre eher am nationalen Prestige denn an der ökonomischen Realität orientierte. 1959 hatte sich die einzige denkbare Alternative zur Anerkennung des Primats der Weltmarktlogik als für Spanien endgültig nicht gangbar erwiesen: eine erfolgreiche Importsubstituierung war an der fehlenden Mobilisierungskapazität staatlicher Industrialisierungspolitik im Rahmen des frankistischen Regimes gescheitert, das systematisch die Mehrheit der Bevölkerung von der Partizipation an Wohlstand und politischem Prozeß ausschloß und statt dessen an selbstgenügsamer Apathie als Form der Loyalitätsbezeugung interessiert war (Maier 1977, S. 18 ff.; Linz 1970, S. 251 ff.; v. Beyme 1971, S. 107). In dieser Situation schien lediglich die (wenn auch noch so schüchterne) Öffnung nach außen eine Modernisierung der spanischen Wirtschaft und damit den Fortbestand des Franquismus in Aussicht stellen zu können.

Weltmarktbedingungen des »milagro español« der sechziger Jahre

Als Spanien Ende der fünfziger Jahre den Versuch aufgab, die Logik des Weltmarkts an den Landesgrenzen über die Ausübung territorialer Hoheitsgewalt zu brechen und sich von nun an auf das Bemühen beschränkte, die Entfaltung dieser Logik mit Hilfe eines – schwerfälligen und in vieler Hinsicht unstringenten und ineffizienten – Systems von Zöllen, Regulierungen des Außenhandels, Investitionsvorschriften und staatlichen Entwicklungsplänen (Donges 1976; Viñas u.a. 1979) den Verhältnissen des Landes entsprechend zu kanalisieren, hatte der lange internationale Boom nach dem 2. Weltkrieg seinen Höhepunkt noch kaum überschritten. Daß das Land sich anschicken konnte, die »success-story« der europäischen Wirtschaftswunder um ein weiteres Kapitel zu bereichern, lag daran, daß es bei seiner Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung im Prinzip von demselben Entwicklungsgefälle profitierte, das auch im übrigen (West-)Europa der spektakulären Nachkriegsprosperität zugrundegelegen hatte. Im Rahmen dieses Entwicklungsgefälles verfügte die westliche Hegemonialmacht – die USA – für längere Zeit über einen erheblichen Modernisierungsvorsprung, der sich insbesondere in einer deutlichen internationalen Spitzenstellung im Bezug auf die Produktivität in ökonomischen Schlüsselbereichen (Au-

tomobilindustrie, chemische Industrie, Elektrotechnik, langlebige Gebrauchsgüter etc.) manifestierte. Diese Situation ermöglichte den USA die Realisierung von Extra-profiten auf dem Weltmarkt, dessen Aufnahmekapazität allerdings gesichert werden mußte. Dementsprechend betrieben die USA ziemlich unmittelbar nach dem Krieg im Zuge einer auf Liberalisierung und Expansion abzielenden Weltmarktrekonstruktion die Errichtung eines internationalen und hegemonial strukturierten Regulationssystems, in dessen Mittelpunkt das Weltwährungssystem von Bretton Woods nebst seiner institutionellen Ausgestaltung (Weltbank, IWF etc.) stand. Bei einmal expandierendem Weltmarkt konnte das westeuropäische Kapital die Inferiorität seiner Produktivität gegenüber den USA durch niedrigere Löhne, höhere Arbeitsintensität und längere Arbeitszeiten kompensieren und auf diese Weise konkurrenzfähige Verwertungsbedingungen herstellen – wobei Länder wie die BRD, Italien und auch Spanien besonders privilegierte Positionen einnahmen. Im Falle Italiens und der BRD hatte der Faschismus die Arbeiterklasse bis zum Kriegsende mit entsprechenden Nachwirkungen besonders rigide diszipliniert, und in Spanien war diese gewaltsame staatliche Disziplinierung noch immer Realität – wenn auch der Franquismus begrifflich nicht pauschal als faschistoid zu qualifizieren ist und die Arbeiter seit dem Beginn der sechziger Jahre zunehmend Erfolge in ihrem Widerstand verzeichnen konnten.⁸ Ein offensichtlicher mittelfristiger Vorteil einer Kompensierung relativer technologischer Rückständigkeit durch Faktoren, die unmittelbar die Mehrwertrate steigern, liegt in der geringeren stofflichen und wertmäßigen Kapitalintensität dieser Strategie: die geringere organische Zusammensetzung der europäischen Kapitale stimulierte ihre Profitrate und provozierte demzufolge Direktinvestitionen seitens der USA. Die hierdurch ausgelöste Penetration Westeuropas durch US-Kapital und multinationale Konzerne wurde noch zusätzlich beflügelt durch die während der fünfziger und sechziger Jahre anhaltende finanzielle, technologische und organisationsstrukturelle Überlegenheit der Hegemonialmacht, welche dem Effekt einer niedrigeren Zusammensetzung des Kapitals im Hinblick auf die Profitrate zusätzliche Schubkraft verlieh. Wenn nach der hier entwickelten Argumentation das internationale *Produktivitätsgefälle* die Grundlage für die Entfesselung des langen Nachkriegsbooms bildete, so mußte seine Nivellierung der Erosion der internationalen Prosperitätskonstellation gleichkommen. Die »technologische Lücke« zwischen den USA und Europa schloß sich gegen Ende der sechziger Jahre, und in der Tat begann sich seit dieser Zeit – kurzfristig überdeckt durch die teilweise fieberhafte Konjunktur der frühen siebziger Jahre – die tiefe Krise des kapitalistischen Reproduktionssystems abzuzeichnen.⁹ – Als aber Spanien seit 1959 endgültig alle *prinzipiellen* Vorbehalte gegenüber einer Weltmarktöffnung abgebaut hatte, besaß die Prosperitätskonstellation noch immer ungebrochene Wirkungsmacht, und nicht nur das: sie hatte sich in Form des inner-europäischen Entwicklungsgefälles verdoppelt, und die Zentren der kapitalistischen Welt – allen voran die USA – waren an Spaniens Einbindung und ökonomischer Stabilisierung aus militärisch-strategischen Erwägungen heraus besonders interessiert.

Spanien in der internationalen Arbeitsteilung

Spaniens Weltmarktöffnung kam keiner Intergration in eine amorphe, spontane Dynamik gleich. Vielmehr bedeutete diese Öffnung die bewußte Akzeptanz eines hegemonialen Systems, dessen Spielregeln im Rahmen eines komplexen Systems von Regulationsmechanismen fixiert waren, und implizierte das Eingeständnis von Dependenz und Subordination.¹⁰ Nachgerade symbolhaft klar wurde dieser Zusammenhang bereits zu Beginn des allmählichen Öffnungsprozesses, als sich Spanien in den frühen fünfziger Jahren die dringend benötigte amerikanische Wirtschaftshilfe durch den (erst wesentlich später in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen) Verlust eines Stücks nationaler Souveränität im Zuge des Stützpunktabkommens von 1953 erkaufen mußte (Viñas 1981). Entsprechend hatte der Stabilisierungsplan von 1959 als definitive Formalisierung der »apertura« Bezug zu nehmen auf die ökonomischen Dimensionen des Weltmarkts – der gleichzeitig Weltmarkt für Warenkapital, produktives Kapital und Geldkapital ist – und dabei den Druck und die Gestaltungswünsche supranationaler Instanzen, insbesondere der OECD und der Weltbank, zu berücksichtigen. (Zur Rolle der OECD und der Weltbank bei der Entstehung des »Plan de Estabilización« (vgl. etwa Zelinsky 1984 und Anderson 1970, S. 129 ff.) Zwar ließ der »Plan de Estabilización« protektionistischen Vorbehalten und den Präferenzen der spanischen Wirtschaftspolitik allerhand – teilweise exzessiv genutzten – Spielraum, und als Gegenleistung für die militärische und ökonomische Intergration des Landes in den westlichen Block wurde der Franquismus politisch salonfähig, doch wurde 1959 die institutionelle und rechtliche Grundlage für die ökonomische Penetration des Landes durch das internationale Kapital – allen voran das US-amerikanische – gelegt und damit Spaniens *dependente* Eingliederung in die »pax americana« vollzogen: An die Stelle des Systems multipler Wechselkurse trat endgültig die Integration in das Fix-Kurs System von Bretton-Woods bei freier Konvertibilität der Pesete, der Außenhandel wurde trotz aller Reserven entscheidend liberalisiert, gleiches galt für die verschiedenen Formen von ausländischen Direktinvestitionen, ein schmerzlich fühlbares Austerity-Programm sollte Inflation und Zahlungsbilanzprobleme bereinigen, die Mitgliedschaft in den wesentlichen supranationalen wirtschaftlichen und politischen Entitäten war entweder bereits erreicht oder wurde erstrebt, und die Veränderungen in den obersten Rängen der Wirtschaftsadministration spiegelten die neuen Verhältnisse innerhalb des Blocks an der Macht sowie die veränderte internationale Perspektive. (Zu den Details des Stabilisierungsplans und ihren Auswirkungen vgl. wiederum Anderson sowie Donges 1976, S. 56 ff. und Moneda y Crédito. 70/1959, S. 75 ff.) Daß Spaniens sozio-ökonomische Entwicklung der sechziger Jahre als »milagro español« bekannt wurde und gemessen an den Wachstumsraten der makroökonomischen Aggregate eine »success-story« darstellt, ändert nichts an seiner *dependenten, semi-peripheren* Stellung im System der internationalen Arbeitsteilung. Denn Subordination im Rahmen des internationalen Reproduktionssystems schließt keineswegs aus, daß eine nationale Ökonomie kurz-, mittel- oder langfristig von der Dynamik des letzteren profitiert, wie sich an zahlreichen Beispielen zeigen ließe. Andererseits macht eine

Fülle von Gegenbeispielen unmittelbar evident, daß eine unter dem Vorzeichen von Dependenz betriebene Industrialisierungspolitik keineswegs automatisch zu Prosperität und Wachstum führen muß, sondern eine krisenhafte Spirale freisetzen kann, die derzeit im internationalen Verschuldungsproblem eine höchst prekäre Zuspitzung erfahren hat. Wenn Spanien in den sechziger Jahren nicht den Weg einer ›industrialización truncada‹ (verstümmelten Industrialisierung) ging, dann sicher nicht deshalb, weil in dem von außen induzierten Wachstumsschub kein Depressionspotential angelegt gewesen wäre. Zwar zog das im internationalen Vergleich äußerst niedrige Lohnniveau ausländische Direktinvestitionen in Schlüsselbereichen an mit den davon ausgehenden ›forward‹ und ›backward-linkages‹, zwar erweiterte der Zustrom an Geldkapital von außen die innere Ersparnis des Landes, zwar reduzierte Spanien tendenziell durch Technologieimport in diesem Bereich seine Rückständigkeit, zwar forcierte die staatliche Wirtschaftspolitik entschlossen das Wachstum, zwar ließ der Urbanisierungs- und Proletarisierungsprozeß den inneren Markt expandieren, und doch hätte das Wachstum von Industrie und Dienstleistungssektor allein nicht ausgereicht, die vom Primärsektor freigesetzten Arbeitskräfte zu absorbieren und damit den potentiellen sozialen Sprengstoff der sektoralen Transformation zu entschärfen. Vor allem aber blieb die Handelsbilanz, der Saldo der Güterströme, chronisch defizitär. Obwohl der Anteil der spanischen Exporte am Welthandel von 0,65% 1964 auf 1,32% 1985 wuchs und ihr Gewicht bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt von 5% auf 14% stieg und obwohl tendenziell das Exportwachstum das Importwachstum übertraf (Alonso 1988, S. 298 f.), warf die Handelsbilanz 1960 letztmalig für (mindestens) drei Jahrzehnte einen positiven Saldo ab. In dieser Tatsache gelangen ein – bezogen auf Weltmarktstandards – trotz relativer Verbesserung insuffizientes Produktivitätsniveau und eine inadäquate Allokation der Ressourcen zum Ausdruck, die im Zusammenspiel mit einer umfangreichen industriellen Reservearmee in einen depressiven Teufelskreis von Außenverschuldung, strangulierter Industrialisierung und Verelendung hätten münden können. Daß eine solche kumulative Destabilisierung eben nicht zustande kam, lag nicht zuletzt daran, daß zwei ›Sicherheitsventile‹ den Überdruck der Wachstumsdynamik kanalisieren halfen: Der *Tourismus-Boom* brachte nicht nur entscheidende Devisenmengen, um die Zahlungsbilanz trotz negativer Handelsbilanz im Gleichgewicht zu halten (Alonso 1988, S. 306 ff.), sondern schuf darüber hinaus direkt und indirekt Hunderttausende von Arbeitsplätzen, und der *Export von Arbeitskräften* vor allem nach Frankreich, Belgien und in die BRD schöpfte das überschüssige Angebot an Arbeitskräften ab, und assistierte – über die Transferzahlungen der im Ausland arbeitenden Spanier – dem Tourismus als Devisenbringer. So sehr aber Tourismus-Boom und Export von Arbeitskräften aus der Perspektive makroökonomischer Buchhaltermentalität zur Stabilität des Wachstums- und Transformationsprozesses in Spanien beitragen, so sehr verweisen beide auf die internationale ökonomische Abhängigkeit des Landes, über deren Natur in der spanischen Linken bereits in den siebziger Jahren heftig diskutiert wurde.¹¹ Dabei herrscht Einmütigkeit zwischen den verschiedenen argumentativen Varianten bei der Bestimmung der spanischen Position im Rahmen der ›cadena imperialista‹ (imperialistische Kette),

Spanien befinde sich in der dependenten Situation einer *Semiperipherie*, die das Land deutlich sowohl in den Zentren der Weltwirtschaft als auch von den Ländern der Dritten Welt (der Peripherie) unterscheide. Das Land werde zwar vom Kapital der Zentren ökonomisch penetriert, besitze aber selbst nicht die Kraft, diese Penetration reziprok zu gestalten, was gerade den Unterschied zwischen Zentrum und Semiperipherie ausmache. Andererseits habe sich – anders als in den Ländern der Peripherie – um das spanische Finanzkapital herum eine nationale Bourgeoisie entwickelt, die, obgleich eng mit dem internationalen Kapital verbunden, eine totale Denationalisierung des Industrialisierungsprozesses und den daraus folgenden Enklavencharakter des ›modernen Sektors‹ verhindert habe (Berzosa u. Arbell 1981, S. 305 ff.). Kontrovers dagegen wird diskutiert, welche Mechanismen als entscheidend für die kontinuierliche Reproduktion von Subordination und Ausbeutung der spanischen Ökonomie zu betrachten sind. Bueno Lastra und García de la Cruz etwa führen in diesem Zusammenhang an erster Stelle die Struktur der internationalen Handelsbeziehungen und die Funktionsweise des internationalen Währungssystems ins Feld. Die technologische Abhängigkeit Spaniens erfordere Produktionsmittelimporte vor allem seitens der USA und der BRD. Die importierten Produktionsmittel aber seien technisch auf großdimensionale Märkte zugeschnitten, was die Nutzung der »economies of scale« für das spanische Kapital wegen des engen nationalen Marktes erschwere und seine Konkurrenzfähigkeit auf dem inneren wie auf dem äußeren Markt beeinträchtige – eine Situation, die noch durch Zollschranken für spanische Exporte zugespitzt werde. Diese Konstellation berge einen kontinuierlichen latenten Abwertungsdruck auf die spanische Währung in sich, dessen Realisierung immer wieder von den hegemonialen Institutionen des Weltwährungssystems eingefordert werde. Abwertungen aber kommen einem Werttransfer zu Ungunsten Spaniens gleich, weil sie jeweils die Erhöhung der Gütermenge implizieren, die das Land exportieren muß, um ein fixes Quantum notwendiger Ausrüstungsgüter importieren zu können. Den ausländischen Direktinvestitionen dagegen messen die beiden Autoren nur geringe Bedeutung für die Subordinierung der spanischen Ökonomie bei, weil sie in den verschiedenen Formen nach ihren Berechnungen wenig zur Erhöhung der spanischen Exporte beitragen und bezogen auf die Bruttokapitalbildung zwischen 1965 und 1974 lediglich zwischen 4 und 6% ausmachten (Bueno Lastra und García de la Cruz 1981, S. 317 ff.). Demgegenüber machen Berzosa/Arbell und auch Vidal Villa – m.E. berechtigterweise – geltend, daß die Penetration durch die multinationalen Konzerne wegen ihrer sektoralen Konzentration zu einer tendenziellen Denationalisierung gerade der ökonomischen Schlüsselbereiche führe, daß daraus effiziente ökonomische und politische Pressionsmöglichkeiten resultieren und daß die Handelsströme der Multis die spanische Zahlungsbilanz negativ beeinträchtigen, weil hohen Importen ihrer ›Töchter‹ in das Land lediglich geringe Exporte gegenüberstünden (Berzosa u. Arbell 1981, S. 308 ff.; Vidal Villa 1981, S. 300 ff.).

So wichtig diese Diskussion für die Bestimmung des spanischen – dependenten – Standorts im Rahmen der internationalen Reproduktion des Kapitals ist, und so deutlich sie die Sensibilität der spanischen Ökonomie für die Effekte der Weltmarktten-

denzen werden läßt, so wenig kann sie den inneren sozio-ökonomischen Transformationsprozeß erfassen, den die spanische Gesellschaft seit dem Beginn der sechziger Jahre durchlief. Denn die »Apertura« von 1959 induzierte nicht lediglich einen quantitativen Zustrom von Kapital in seiner verschiedenen Formen, Know-How und Touristen einerseits und eine Abwanderung von Arbeitskräften andererseits. Vielmehr figurieren diese Tendenzen lediglich als ziemlich problemlos quantifizierbare ökonomische Kristallisationspunkte des Imports eines *Akkumulationsregimes*, dem eine komplexe wirtschaftliche, institutionelle und kulturelle Spezifik eignete und dessen eigenwillige Anpassung an die spanische Realität zunächst die Weltmarktöffnung von 1959 in eine »innere Prosperitätskonstellation« übersetzte, die sich aber später – synchron zur und im Zusammenhang mit der internationalen Entwicklung – verschleiß und in die Krise der siebziger Jahre einmündete.

Zur prinzipiellen Dynamik des Fordismus in Spanien

Wenn in den folgenden Einlassungen die Begriffe *Akkumulationsregime* und *Regulationsweise* benutzt werden, so geschieht das in Anlehnung an die Regulationstheorie in der Version, wie sie Alain Lipietz vorgelegt hat (1985, S. 119 ff.).

Obwohl die Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise eine schillernde Vielzahl konkreter Akkumulationsmodelle und mit ihnen korrespondierender Regulationsweisen kennt, scheint es der Regulationstheorie (mit, wie ich meine, guten Gründen) möglich, diese Vielzahl zu analytischen Zwecken auf einige wenige Archetypen zu reduzieren (Lipietz 1985, S. 119 ff.). Das hieran für unseren Zusammenhang Entscheidende ist, daß in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts in den USA ein neuer – der sogenannte *fordistische* – Typ nationalstaatlicher Regulierung entstand, der sich 1945 mit dem Aufstieg der USA zur neuen hegemonialen Macht des westlichen Blocks tendenziell globalisierte und dem die sich herausbildenden internationalen Formen der Regulierung des Weltmarkts funktional entsprachen. Stark schematisierend läßt sich die nationalstaatliche Dimension des *Fordismus* fassen als ein Akkumulationsregime, das basiert auf einer sich verallgemeinernden *tayloristischen* Massenproduktion bei gleichzeitiger – durch Kompromisse im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital ermöglichter – *proportionaler* Ausweitung der kaufkräftigen Massennachfrage. Diesem Akkumulationsregime entsprechen ein keynesianisch orientierter Staatstypus als Regulationsinstanz und die »Amerikanisierung« der Gesellschaft als kulturelles »Treibhaus«. Die Artikulation der verschiedenen nationalen – zentralen, peripheren und semiperipheren – Fordismen erfolgt über den kapitalistischen Weltmarkt, dessen Regulation die Hegemonialmacht USA mit Hilfe zentraler Medien – vor allem des Weltgeldes Dollar – und institutioneller Formen organisiert (Altwater 1987, S. 24 ff. u. S. 196 ff.). Die nationalen Aspekte fordistischer Regulation hat Lipietz auf vier Ebenen systematisiert:

»– ein Lohnverhältnis, das gekennzeichnet ist durch mittelfristige Vertragsbeziehungen bei den direkten Löhnen, durch die Ausdehnung des indirekten Lohns anhand von Transferzahlungen und durch gesetzliche

Verfahren zur Indexierung des Nominallohnwachstums an dasjenige der Preise und nach 1968 explizit sogar an das Wachstum der Produktivität ...

– Eine Zentralisierung des Kapitals in Bereichen des Industrie- und Finanzkapitals, die in der Lage sind, ihren Angebotspreis mittels eines Verfahrens der Preisanhebung (»mark-up«) zu fixieren, welches zunehmend rigider gegenüber konjunkturellen Schwankungen ist. ...

– Die Ausweitung des Kreditgeldes durch das Banksystem entsprechend den Geldmengen, die durch die Gesetze der Entwicklung des Lohnsystems und der Nominalpreise erforderlich sind ...

– Eine beträchtliche Verstärkung der Rolle des Staates, nicht so sehr (und im Gegenteil zu den Prognosen von J. M. Keynes) durch die direkten öffentlichen Ausgaben als vielmehr durch die Steuerung des Lohnverhältnisses und des Geldes ...« (Lipietz 1985, S. 124 f.)

Im Zuge seiner Globalisierung erreichte das fordistische Akkumulationsmodell 1959 Spanien. Die in dieser Aussage implizierte Forschungsstrategie muß detailliert analysieren, wie die tayloristische Organisation der Produktion – induziert von den Investitionen des Auslandskapitals in bestimmten Leading-Sektoren – profilierte und an welche Grenzen dieser Prozeß stieß. In einem weiteren Schritt wird die Analyse zeigen müssen, wie sich ein anfälliges Entsprechungsverhältnis in der internen Dynamik von Produktion und Nachfrage entwickelte, indem letztere zwar stark expandierte, aber den verschiedenen Dimensionen des Angebots in manchen Bereichen nachhinkte, um ihnen in anderen Bereichen vorauszuweichen. Schließlich wird nachzuweisen sein, wie der franquistische Staat – anknüpfend an traditionelle Formen gesellschaftlicher Regulation und diese transformierend – über die Kodifizierung des Lohn-, des Waren- und des Geldverhältnisses sowie regulative Aktivitäten auf den von Lipietz benannten Feldern über ein Jahrzehnt lang die relative Kohärenz des Akkumulationsprozesses sicherstellen konnte – zumindest aber nicht entscheidend störte. Dabei wird sich zeigen, daß sich im Zuge der fordistischen Akkumulation während der sechziger Jahre derartige nationale und internationale Widerspruchspotentiale aufbauten, daß die fordistische Akkumulation Mitte der siebziger Jahre im internationalen Maßstab an ihre definitiven Grenzen stieß und im Wege einer konfliktiven Suche auch in Spanien durch eine neue Logik ersetzt werden mußte. Die Konfliktivität dieses Suchprozesses aber überforderte die Regulationskompetenz und Anpassungsfähigkeit des Staates in seiner franquistischen Variante. Der Franquismus wurde so ein Opfer des von ihm selbst – Anfang der sechziger Jahre aus Selbsterhaltungstrieb – entfesselten Modernisierungsprozesses. 1975 war Spanien endgültig gezwungen, nun endlich auch die Modernisierung des politischen Subsystems nachzuvollziehen. Die ökonomische Krise schwelte, bis sich die neuen gesellschaftlichen Interaktionsmechanismen (vorerst) konsolidiert hatten und die Konfiguration einer »postfordistischen« Entwicklungslogik in Angriff genommen werden konnte. Den Grundstein für diese Entwicklung legten 1977 die berühmten »pactos de Moncloa«, doch sie mündete erst Mitte der achtziger Jahre – wiederum in Zusammenhang mit der Weltmarkt-Tendenz – in einen (sehr ambivalenten) neuen Aufschwung ein.

Die Umsetzung dieser Hypothesen in eine gut fundierte, stringente und wesentlich differenzierte Argumentation ist Ziel eines größeren, für die kommenden Jahre geplanten Forschungsprogramms. Auf dem gegenwärtigen Stand meiner Arbeiten ist über eine vergrößernde und vorläufige Argumentationslinie noch nicht hinauszuge-

langen. Im Zuge einer solchen werde ich den Rest dieses Aufsatzes dazu nutzen, anhand der zentralen Regulationsebene, dem *Lohnverhältnis*, die Mechanik von Aufstieg und Fall des Fordismus in Spanien zu skizzieren.

Das fordistische Lohnverhältnis und die Krise des Fordismus in Spanien

Bei der Breite des Erkenntnisinteresses, das die meisten Regulationstheoretiker in ihren Prolegomena zur eigentlichen empirischen Anlyse zum Ausdruck bringen, und das in der Regel auf die Erfassung aller – oder doch der meisten – aus sozioökonomischer Sicht zentralen gesellschaftlichen Verhältnisse zielt, wundert es auf den ersten Blick, daß dann im Fortgang der Argumentation der Akzent fast immer eindeutig auf der Dynamik des Lohnverhältnisses liegt. Dieser Tatbestand spiegelt zweifellos ein methodisches Desiderat der Regulationstheorie wider (Hurtienne 1988, S. 188 f.), dennoch scheint mir andererseits der dem Lohnverhältnis eingeräumte Primat zumindest für einen ersten Zugang zur Interpretation gesellschaftlicher Entwicklung unter kapitalistischen Verhältnissen legitim. Denn nicht nur ist das Lohnverhältnis gleichsam die Keimzelle jeder kapitalistischen Reproduktion, sondern darüber hinaus korrespondiert die Tendenz seiner Komponenten unmittelbar mit dem Verlauf der Schlüsselgröße kapitalistischer Akkumulation: der *Profitrate*. Wenn es bei der staatlich kodifizierten Transformation und Regulation der zentralen gesellschaftlichen Verhältnisse um die Kohärenz des zugrundeliegenden Akkumulationsregimes geht, so hat sie sich in letzter Instanz auf die privatkapitalistische Rentabilität zu beziehen – muß doch deren Erosion zwangsläufig Investition und Akkumulation zum Stocken respektive Erliegen bringen.

Es wurde nun bereits weiter oben herausgearbeitet, daß das Lohngefälle und die übrigen Modalitäten des Lohnverhältnisses in Spanien – von Arbeitszeitregelungen bis hin zur Regulation von Arbeitskämpfen – in den sechziger Jahren für das Kapital der Zentren die Perspektive von in diesem Land zu erzielenden Extraprofiten eröffnete und seinen Zustrom provozierte. Dieser Zustrom konzentrierte sich in seinen verschiedenen Formen auf bestimmte avantgardistische Sektoren des industriellen Bereiches, vor allem auf die chemische Industrie, die Automobilindustrie, den Maschinenbau und die Nahrungsmittelindustrie (Muñoz u.a. 1978, S. 114 ff.; Kindelán 1981, S. 436 f.). Nach den Herkunftsländern der einströmenden Kapitalien aufgeschlüsselt, figurierten die USA deutlich als Protagonist des Penetrationsprozesses, in dem sich die beteiligten US-Konzerne entweder direkt oder über Töchter – vor allem in der Schweiz – engagierten. Bei den akkumulierten Investitionen in Mehrheitsbeteiligungen an spanischen Unternehmen etwa machte der vereinigte Anteil der USA und der Schweiz bis Dezember 1975 mehr als 50% aus, mit weitem Abstand gefolgt von der BRD, Frankreich und Großbritannien (Muñoz u.a. 1978, S. 127 ff.). Selbstverständlich aber schlugen insbesondere die Gründung von Tochterunternehmen durch die Multis und die großdimensionalen Importe von Ausrüstungsgütern und Know-How aus den Zentren nicht lediglich bei den jeweils entsprechenden Bilanz-

salden zu Buche, sondern transportierten die Implantation der standardisierten,ayloristischen Massenproduktion in Spanien, die unter den Bedingungen einer – wie auch immer protektionistisch moderierten – Weltmarktkonkurrenz tendenziell im nationalen Maßstab proliferieren mußten. Lipietz illustriert den Prozeß an eben jenem Unternehmen, das bereits bei der Inauguration des fordistischen Akkumulationsmodells in den USA Pate gestanden hatte:

»Einmal mehr erzielte Ford den Durchbruch mit der Unterzeichnung eines Abkommens mit Spanien, das die Grundlage schuf für ein neues Reallokationskonzept. Dieses Konzept verband Importsubstituierung für einen inadäquaten lokalen Markt mit der Nutzung des Landes für Re-Export-Operationen. Einerseits würde Spanien trotz des relativ wenig entwickelten Konsums der Arbeiterklasse einen expandierenden Markt abgeben; andererseits würde es im Gegenzug zu einer klaren Bindung an Produktion und Re-Export in massiven Quantitäten bei bestimmten Komponenten einen gedrosselten Integrationskoeffizienten akzeptieren, (so daß Auffächerung der Produktionssegmente eine eher geringe Ausprägung erfuhr). So setzte das Präferenzabkommen (oder ›Lex Ford‹) von 1972 die Mindestintegrationsrate von 95 auf 66% herab, während Ford sich verpflichtete, zwei Drittel des Outputs zu re-exportieren und seinen Umsatz in Spanien um höchstens 10% zu erhöhen. Gleichzeitig stimmte die Regierung erhöhten Ziffern bei maschinellen Werkzeugen zu. Als sich auch General Motors mit lokalen Fabriken niederließ, wurde Spanien die große ›Region III‹ der europäischen Motor-Industrie.« (Lipietz 1982, S. 456 f.)

Natürlich trägt diese Implantation des Fordismus in Spanien Züge von Dependenz und *Unvollständigkeit*: Ford handelt der auf Modernisierung bedachten spanischen Regierung profitable Konditionen ab, die ökonomischen Integrationseffekte im Zusammenhang mit der Niederlassung des Auto-Multis bleiben vergleichsweise bescheiden, und gleiches gilt für die induzierte Expansion des spanischen Marktes. Dennoch, die – wenn auch widersprüchliche und nicht bis zur letzten Konsequenz getriebene – Weltmarktöffnung von 1959 implizierte für Spanien den Übergang zu einem neuen Akkumulationsmodell – eben dem fordistischen, das sich (auch) im Bezug auf das Lohnverhältnis entscheidend von dem autarkieorientierten der vorhergehenden Phase abhebt. Traditionell wird diese Entwicklung in der spanischenn Linken auf den Begriff gebracht als Ablösung eines Regimes, das primär auf der Aneignung des *absoluten* Mehrwerts basiert habe, durch die ›moderne‹ Orientierung auf den *relativen* Mehrwert:

» nachdem die Liberalisierung und wirtschaftliche Öffnung nach außen einmal begonnen worden war, ... Instauration von Mechanismen zur Aneignung des relativen Mehrwerts, die es dank der intensiven Nutzung im Überschuß vorhandener Arbeitskraft erlaubte, das Produktivitätsniveau zu Kosten zu steigern, die sich sehr viel niedriger ausnahmen als in den entwickelten Ländern.« (Muñoz u.a. 1978, S. 29; vgl. auch Carballo 1981, [a u. b], S. 89 ff. u. S. 233 ff.)

Aber der Fordismus erschöpfte sich nicht in der Ausbreitung von Massenproduktion bei wachsender Produktivität, Steigerung des relativen Mehrwerts und daraus resultierender hoher Profitrate. Denn der kapitalistische Reproduktionsprozeß läßt sich nicht einfach auf den Produktionsprozeß restringieren, sondern figuriert als sensible Einheit von Produktion und Realisierung. Da in Spanien die fordistische Industrialisierung eben nicht auf eine vom Auslandskapital abhängige Enklave beschränkt und damit verstümmelt blieb, sondern von dieser ausgehend gleichsam in konzentrischen Kreisen profilierte – worin sich je gerade ein zentraler Unterschied zwischen Peripherie und Semiperipherie manifestiert –, mußte der Expansion der Produktion eine Expansion des Marktes gegenüberstehen. Daß diese Marktexpansion niemals zu ei-

ner wirklich gleichgewichtigen Entsprechung von Angebot und Nachfrage auf nationaler Ebene führte, zeigt der massenhafte Abfluß von Arbeitskraft ebenso unmittelbar wie die Tatsache, daß Spanien gleichzeitig zu einem Nettoimporteur von Nahrungsmitteln wurde, während es erhebliche Überschüsse in den klassischen Produkten seiner traditionellen Landwirtschaft produzierte (Lieberman 1982, S. 72 ff.). Dennoch, die Expansion des nationalen Marktes verlief natürlich großdimensional und ruhte auf zwei zentralen Säulen: a) auf der Transformation des Lohnverhältnisses und b) dem sektoralen Wandel.

Zu a) Die institutionellen Voraussetzungen für den Wandel des Lohnverhältnisses wurden seit 1958 durch den Erlaß des »Ley de convenios colectivos« (Gesetz über kollektive Abkommen) geschaffen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der Staat im Rahmen der vertikalen Syndikate das Lohnverhältnis bezüglich sämtlicher Sektoren in allen seinen Dimensionen paternalistisch-repressiv reguliert, wozu insbesondere die Fixierung von mehr oder weniger *repräsentativen* Minimallöhnen gehörte. Der Inexistenz des Streikrechts und der Verbreitung juristischer Willkür in vielen den Arbeitsplatz betreffenden Fragen stand ein weitreichender Kündigungsschutz gegenüber – der aber eben an politisch konformes Verhalten gebunden war. Im Laufe der sechziger Jahre nun gewannen die »convenios colectivos« steigende Bedeutung, insbesondere für die Gestaltung der Lohnentwicklung, vor allem seit mit den »comisiones obreras« (Arbeiterkommissionen) ab 1962 eine effektive Form gewerkschaftlicher bzw. quasigewerkschaftlicher Organisation *im Schoße* der offiziellen Syndikate gefunden und entwickelt worden war, die deren repressiv-paternalistische Funktionalität immer weiter aushöhlten. Die staatliche Regulierung des Lohnniveaus wurde zurückgedrängt auf die Festlegung garantierter Mindestlöhne (seit 1963) bei gleichzeitiger Fixierung maximaler Lohnsteigerungen (seit 1965), doch hatten die staatlich gesetzten Eckdaten zunehmend weniger mit der tatsächlichen Reallohnentwicklung gemein. Diese wurde vielmehr durch die »convenios colectivos« auf der Ebene von Sektoren und – vor allem – einzelnen Unternehmen determiniert. Lufs Toharia zeigt, daß die Reallohnentwicklung in Spanien während der sechziger Jahre *grosso modo parallel zur Entwicklung der Produktivität* verlief – was der Realisierung des Kernelementes im fordistischen Lohnkompromiß, der auf ein Entsprechungsverhältnis von Massenproduktion und kaufkräftiger Nachfrage zielt, gleichkommt (Toharia 1986, S. 166). Dabei darf nun allerdings nicht übersehen werden, daß das Lohnverhältnis in Spanien im Vergleich zum restlichen Westeuropa und den USA erhebliche Besonderheiten aufwies, weshalb Toharia von der Implantation eines »Pseudo-Fordismus« spricht:

»Also kann man in diesem Sinne (der Lohnentwicklung) von der Implantierung eines fordistischen Lohnverhältnisses sprechen, wenn auch mit bemerkenswerten Besonderheiten: einerseits die Existenz eines paternalistisch – repressiven Systems von Arbeitsbeziehungen und die Inexistenz eines sozialen Schutzes sowie eines entwickelten Steuersystems; andererseits, die ausgeprägte Staatsintervention und, vor allem, die hohen Zollmauern zum Schutz der nationalen Industrie vor äußerer Konkurrenz.« (Toharia 1986, S. 166.)

Nichtsdestweniger bleibt die tendenzielle Parallelität von Produktivitätsentwicklung und Reallohnentwicklung ein wesentlicher Faktor zur Erklärung der fragilen Kohä-

renz von Produktion einerseits sowie Distribution und Reallokation andererseits im Zeitablauf.

Zu b) Bei gegebener Reallohnentwicklung und Konsumententwicklung mußten natürlich die von Lohnsteigerungen induzierten Multiplikatoreffekte wesentlich abhängen von der Masse der im Rahmen des Lohnverhältnisses formierten Bevölkerungsteile. In diesem Zusammenhang erforderte und bewirkte die Freisetzung der fordistischen Prosperitätsspirale einen radikalen Wandel in der sektoralen Struktur der spanischen Ökonomie, welche letztere sich bis in die fünfziger Jahre hinein als eine Gemengelage verschiedener Produktionsweisen darstellte, im Rahmen derer der *traditionellen* Landwirtschaft eine deutliche Präponderanz zukam. Nicht nur verdoppelte sich ihr schiereres ökonomisches Gewicht – das sich in entsprechenden Beiträgen zum Sozialprodukt ebenso spiegelte wie in ihrem Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung – als entsprechendes Einflußpotential in der politischen Superstruktur und Referenzsystem bei der Ausprägung offizieller Ideologien und gesellschaftlich normierender Mentalitäten, sondern darüber hinaus bestimmte der Rhythmus der Landwirtschaft (vor allem die Ernten) das konjunkturelle Erscheinungsbild der Ökonomie insgesamt (García Delgado 1981, S. 411). Die innere Logik der Reproduktion dieser traditionellen Landwirtschaft basierte auf dem Anbau bestimmter ›klassischer Produkte‹ (Getreide, insbesondere Weizen Olivenöl, Wein, Zitrusfrüchte) mit Hilfe technologisch archaischer Methoden, die sich bei weitestgehendem Verzicht auf Maschinisierung und Knappheit an modernen Düngemitteln auf die Anwendung reichlich vorhandener agrarischer Arbeitskräfte zu Niedrigstlöhnen und die Reproduktion der weitaus meisten Produktionsinputs im Agrarsektor selbst stützen. Dabei perpetuierte sich ein extremes Maß an agrarischer Konzentration, im Rahmen derer sich relativ wenige – nicht selten ineffektiv bewirtschaftete – Latifundien und eine riesige Masse von – prekär dimensionierten – Minifundien gegenüberstanden. Naredo und andere haben überzeugend nachgewiesen, daß diese traditionelle Landwirtschaft, deren Struktur die staatliche Wirtschaftspolitik bewußt konservierte und lediglich bisweilen halberzig zu retuschieren bemüht war, bis Ende der fünfziger Jahre kaum in den Zirkulationsprozeß des kapitalistischen Industriesektors einbezogen war und als Markt für letztere nahezu vollkommen ausfiel. Vielmehr vollzog sich in der Landwirtschaft bis 1959 eine ›primitive Akkumulation‹ in nicht unerheblichem Ausmaß, die später für den ›Take-off‹ der sechziger Jahre funktionalisierbar werden sollte (Naredo u.a. 1977, S. 22 ff.). Die Implantation des fordistischen Industrialisierungsmodells in Spanien brachte dann innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit nach 1959 die Zersetzung der traditionellen Landwirtschaft und die *subalterne* Integration des primären Sektors in die Reproduktionsschleifen von Industrie und Dienstleistungsbereich im Wege eines Prozesses der ›inneren kapitalistischen Landnahme‹. Burkhart Lutz hat diesen Terminus in Anlehnung an Rosa Luxemburg geprägt und im Rahmen einer sehr interessanten Argumentation gezeigt, daß auch in den Zentren des Fordismus der lange Nachkriegsboom unmittelbar mit der kapitalistischen Durchdringung des Agrarbereichs zusammenhing.¹² Stark schematisiert und auf unseren Zusammenhang zugeschnitten lief dieser Prozeß in Spanien folgendermaßen ab: Liberalisierung und

Weltmarktöffnung von 1959 vermittelten der industriellen Expansion einen entscheidenden Impuls. Dieser schlug sich nieder in einer steigenden Nachfrage nach Arbeitskraft (– die noch flankiert wurde von der Überschußnachfrage in den europäischen Zentren –) im sekundären und tertiären Bereich und führte zu einer massenhaften Abwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft und einem großdimensionalen Urbanisierungsprozeß, der sich vor allem in Barcelona, Madrid und den großen industriellen Zentren des Baskenlandes kristallisierte.

Während dies einerseits einer enormen quantitativen Expansion des Lohnverhältnisses gleichkam und die Zahl derjenigen entscheidend erhöhte, die zur Sicherung ihrer Reproduktion unmittelbar auf marktförmige Austauschprozesse angewiesen waren, führte die beschriebene Mechanik andererseits tendenziell zu Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft und damit verbundenen Lohnsteigerungen. Dies wiederum untergrub die Rentabilität der traditionellen Landwirtschaft und gab zur Mechanisierung und Kapitalisierung dieses Sektors Anlaß, was abermals den Absatzmarkt für industrielle Produkte erweiterte, selbst wenn die für die Modernisierung erforderlicher Mittel längst nicht von allen landwirtschaftlichen Betrieben aufgebracht werden konnten (Naredo u.a. 1977, S. 177 ff.). Am Ende der franquistischen Etappe dieses Transformationsprozesses, der den Motor fordistischer Akkumulation über eine Dekade lang mit Brennstoff gefüttert hatte, stand Mitte der siebziger Jahre eine sektorale Struktur der spanischen Ökonomie, die sich zusehends dem für die westlichen Industrienationen typischen Muster angeglichen hatte: die Landwirtschaft hatte ihre traditionelle Vorrangstellung eingebüßt und war von ihrer relativen Bedeutung her weit hinter Industrie- und Dienstleistungssektor zurückgefallen. So fiel der Beitrag des primären Sektors zum Bruttoinlandsprodukt von 23,7% 1954/55 auf 14,9% im Jahre 1971/72 (Donges 1976, S. 147) – um dann bis 1987 weiter abzusinken auf 5,8% (Fuentes Quintana 1988, S. 66.).¹³ Nach 1973 setzte zwar der primäre Sektor weitere Arbeitskräfte frei, doch sahen sich diese nun einer insgesamt stagnierenden bzw. rückläufigen Entwicklung der Nachfrage in der Restökonomie gegenüber – und zwar nicht nur im Inland. Die Kohärenz der fordistischen Prosperitätskonstellation hatte sich zerfasert.¹⁴

Das Rentabilitätskalkül (nicht zuletzt des Auslandskapitals) hatte – wie beschrieben – den fordistischen Boom der sechziger Jahre ausgelöst, der tendenzielle Fall der Profitrate war der Kernprozeß, der seiner Fortsetzung seit Ende der Dekade den Boden entzog. Dieser Fall der Profitrate ergab sich gleichsam als Resultierende einer Fülle von zentrifugalen Kräften, die aus den inneren Widersprüchen der fordistischen Expansion in Spanien heraus nach und nach Wirkungsmacht gewonnen hatte. Zwar war die innere Liberalisierung der spanischen Ökonomie seit 1959 relativ zaghaft geblieben, dennoch hatte sie die *Konkurrenz* als Exekutor der allgemeinen Bewegungsgesetze kapitalistischer Akkumulation inthronisiert und die Formen ihrer Austragung tendenziell normalisiert. Neben dem Buhlen um die staatlich gewährten Privilegien gewann zunehmend die individuelle *Produktivität* als Bezugsgröße der Konkurrenz an Bedeutung. Doch genau damit war eine Tendenz zur Steigerung der technischen und organischen Kapitalzusammensetzung angelegt, die mittelfristig den kanoni-

schen Druck auf die Entwicklung der Durchschnittsprofitrate ausüben mußte. Zusätzliche Schubkraft erhielt die Steigerung in der Kapitalintensität der Produktion erstens durch die technologische Dependenz Spaniens bei den Ausrüstungsinvestitionen, zweitens durch die Rigiditäten des Arbeitsmarktes (Defizite im Ausbildungssystem, patriarchalischer Kündigungsschutz etc.) und drittens durch die *Dynamik der Lohnentwicklung*. Diese nämlich spiegelte – bereits seit Mitte der sechziger Jahre – die relativ rasch und unaufhaltsam voranschreitende Konsolidierung der spanischen Arbeiterbewegung wider und verhinderte, daß die Entwicklung der Mehrwertrate den Fall der Profitrate hätte konterkarieren können. Bei grundsätzlicher Parallelität lagen die Steigerungsraten bei den Löhnen von 1964 bis 1972 stets leicht über den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachsen, woraus sich ein kontinuierliches Wachstum der Arbeitskosten ergab. Erst ab 1972 kehrte sich diese Entwicklung – kurzfristig – um (Toharia 1986, S. 166.). Insgesamt ergab sich also mit Fortschreiten des fordistischen Booms eine sinkende allgemeine Profitrate und damit ein latentes – aber immer akuter werdendes – Strangulationspotential für den Akkumulationsprozeß.¹⁵ Zunächst aber wurde dessen Virulenz durch Überwälzung des Rentabilitätsdrucks in die Preise – und unter Inkaufnahme einer dadurch ausgelösten Inflationsspirale – noch künstlich perpetuiert, bis der Weltmarkt durch den Ölchock die Strukturkrise in den Eklat trieb. Ihre Dimension – in Spanien zunächst auf rein konjunktureller Ebene vermutet – trat erst schmerzlich in das gesellschaftliche Bewußtsein, als sich der fordistische Boom nach 1974 hartnäckig und endgültig allen Wiederbelebungsversuchen verschloß. – In dieser Allgemeinheit ist die Erosion des fordistischen Zyklus in Spanien in sich schlüssig rekonstruierbar und ist auch – wenn auch unter anderem Etikett – in der spanischen Linken schon mehrfach in ähnlicher Form thematisiert worden. (Vgl. etwa die Artikel von Roberto Carballo und José A. Moral Santín 1981.) Aus der skizzierten Argumentation ergeben sich aber eine Reihe von entscheidenden Fragen und Problemen. Das zentrale methodische Problem betrifft ihre statistische Unterfütterung. So sind die vorliegenden Versuche, den Verlauf der allgemeinen Profitrate und ihrer Komponenten über Indikatorenbildung nachzuvollziehen, viel zu grobschlächtig, um wirklich haltbare Schlußfolgerungen zuzulassen. Die – sonst durchaus lesenswerten – Bemühungen von Santín und Carballo etwa kranken u.a. an einer völlig unzureichenden Berücksichtigung der hochkomplizierten Beziehung zwischen Werten, Produktionspreisen und Marktpreisen und einer (nahezu vollkommenen) Vernachlässigung des Verhältnisses von Monopolprofiten und durchschnittlicher Tendenz der Kapitalverwertung. (Für eine Zusammenfassung der diesbezüglichen Diskussion etwa Wellhöner 1989, S. 34 ff.) So liegt bisher kein – methodisch wenigstens einigermaßen hieb- und stichfestes – empirisches Bild des Verlaufs der Profitrate auf gesamtwirtschaftlicher Aggregatebene einerseits und der Entwicklung der sektoralen Profitraten andererseits vor. Müßig zu sagen, daß auf dieser Grundlage weder die Interaktion sektoraler Dynamik erfaßbar ist¹⁶, noch erkennbar wird, welche ihrer Komponenten – die technische Kapitalzusammensetzung, die Entwicklung der Produktivität, die Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals oder die Mehrwertrate – den Grundton in der Bewegung der Profitrate bestimmte. Derartige Fragen aber sind für

die detailliertere Analyse der ökonomischen Aspekte der Krise des Fordismus in Spanien von fundamentaler Bedeutung, so daß ein zentrales Anliegen der anstehenden Forschungsarbeiten darin liegt, die »Realanalyse« des Kapitalismus in diesem Land in eben dieser Richtung voranzutreiben. Hier wird zunächst nur davon ausgegangen, daß sich die lange Welle des »milagro español« an der sinkenden Kapitalrentabilität brach und die fordistische Prosperitätskonstellation Mitte der siebziger Jahre in eine depressive Dynamik umgeschlagen war.

In dieser Situation war die staatliche Regulation gefordert, entweder die Kohäsion der fordistischen Akkumulation wiederherzustellen – womit, wie der internationale Vergleich zeigt, nicht nur der spanische Staat überfordert war –, oder deren Ablösung durch eine neue Entwicklungslogik zu konzipieren. Zu diesem Zweck hätte das franquistische Regime unter dem Vorzeichen kapitalistischer Reproduktion insbesondere und zuallererst die Gestaltung des Lohnverhältnisses auf die Rentabilität privater Investitionen verpflichten müssen. Doch genau hierfür erwiesen sich die *Formen* und *Medien* seiner Intervention als unzulänglich. Nun rächte sich, daß Spanien zu Beginn der sechziger Jahre wohl die Grundstruktur des fordistischen Akkumulationsregimes – also seinen prinzipiellen »Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produktes« (Lipietz 1985, S. 120) übernommen hatte, nicht aber das typische Arsenal staatlicher Regulationsinstrumente. Vielmehr hatte die ökonomische Modernisierung seit 1959 ja gerade dem Ziel gedient, das politische Überleben des Franquismus und seiner (nunmehr der neuen Zeit angepaßten) Institutionen zu garantieren. Solange der fordistische Boom gewissermaßen im Selbstlauf zügiges Wachstum und Vollbeschäftigung bei akzeptablen Preissteigerungsraten sicherstellte, blieb die ökonomische Staatsintervention von sekundärer Bedeutung, ja, sie ließ sich sogar kontraproduktive staatliche Regulierungstätigkeit – Effekte des Protektionismus, Ergebnisse der regionalen Entwicklungsplanung etc. (Donges 1976) – verkraften. Doch als Mitte der siebziger Jahre die Spannkraft des Booms erschlafft war, zeigte sich die Inkompatibilität von ökonomischem und politischem Subsystem. Hatte in den Zentren des Fordismus der Staat nach 1945 auf die *Integration* der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen gesetzt, wodurch nun die Strategie der »moral persuasion« und die Funktionalisierung eines imaginären »Gemeinwohls« zu ihrer Disziplinierung bereitstand, blieb das Franco-Regime bis in seine Agonie hinein im Prinzip *exkludent* gegenüber wirklicher politischer Partizipation breiter Bevölkerungsschichten. Dementsprechend orientierte die politische und gewerkschaftliche Linke in Spanien keineswegs lediglich auf ökonomistische – und damit im Prinzip *innerhalb* staatlich kodifizierter Formen verhandelbare – Zielsetzungen, sondern hatte sich seit spätestens Anfang der siebziger Jahre als Kern einer breiten Oppositionsbewegung formiert, der es um die *Überwindung des Franquismus als politisches System* ging. Für die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik resultierte aus dieser Konstellation das Dilemma ihrer Handlungsunfähigkeit. Denn wo es aus ökonomischer Perspektive um die Steigerung der Rentabilität privater Investitionen gegangen wäre, um den Investitionsprozeß anzukurbeln, erforderte der Kampf um die Erhaltung des politischen Systems soziales Kalmieren, um den desperaten Repressionskurs

des in der Zersetzung befindlichen Franquismus zu flankieren. Für das Lohnverhältnis bedeutete dies die weitgehende Konservierung der institutionellen Rigiditäten – Kündigungsschutz etc. – bei gleichzeitigen Kompromissen in der Lohnentwicklung. Ein System der Indizierung band seit Ende 1975 die globalen Lohnsteigerungen an die *vergangene* Inflation und konzedierte darüber hinaus bis zu drei weiteren Prozentpunkten – was etwa für 1976 Lohnsteigerungen von bis zu 16,4% ergab (Palacio Morena 1988, S. 568 ff. u. Malo de Molina 1988, S. 927 ff.) und dazu führte, daß von 1975 bis 1978 die Produktivitätssteigerung abermals hinter die Lohnsteigerungsraten zurückfiel (Toharia 1986, S. 166). Insgesamt schrieb sich diese Lohnpolitik in den ebenso verzweifelten wie – in einer Situation der Strukturkrise – aussichtslosen Versuch der Regierungen von Arias Navarro ein, die ökonomische Prosperität auf klassisch-keynesianischem Wege über eine konjunkturelle Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bei Vernachlässigung der Angebotsseite wiederherzustellen. Die Absurdität dieses Programms gipfelte in der staatlichen Ölpolitik, welche die monopolartige Stellung des Staates als Importeur in diesem Bereich dazu benutzte, die Steigerung der Weltmarktpreise für dieses Produkt weitgehend abzufedern und nicht an den inneren Markt weiterzugeben – eine episodenhafte Rückkehr zu den überwunden geglaubten Versuchen, die Reichweite der Weltmarktrendenz an den Landesgrenzen auszublenden. Das Ergebnis dieses Experiments bestand in inflationären Impulsen im Inland, steigender Staatsverschuldung und – gegen den internationalen Trend – unvermindertem Wachstum des Ölverbrauchs in Spanien – in einem Lande, dessen semiperiphere Stellung sich gerade auch in einer massiv ausgeprägten Abhängigkeit von importierter Energie, und zwar insbesondere dem Öl, manifestierte (Sudrià [1988], S. 177 ff. u. [1987], S. 313 ff.).

Erst als nach der Überwindung des Franquismus ab 1977 die Schaffung eines neuen ›institutional framework‹ in Angriff genommen wurde, trat auf wirtschaftspolitischem Gebiet die konfliktreiche und schmerzhaft Suchende nach einem neuen Akkumulationsregime an die Stelle der Flickschusterei an der ausgebrannten fordistischen Entwicklungslogik. Diese Suche setzte an der Ausgestaltung des Lohnverhältnisses an und verteilte die Kosten der anstehenden Transformation auf für den Kapitalismus typischer Weise: Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit wurden ›ökonomischer Rationalität‹ – und das heißt dem Profitkalkül – subordiniert. Geradezu paradigmatisch scheint dieser Tatbestand auf im erfolgreichen Wahlslogan der PSOE von 1982: ¡Que España funcione! (Auf daß Spanien funktioniere!) – sozial(istisch)e Errungenschaften stehen erst in einer späteren historischen Phase an. Erstmals kodifiziert wurden die Achsen der neuen sozialen und ökonomischen Motorik in den ›pactos de Moncloa‹, die alle relevanten politischen Parteien Spaniens – nicht die Gewerkschaften – signierten. Das Zauberwort dieser Übereinkunft im Bezug auf das Lohnverhältnis klingt heute in unseren Ohren vertraut bis intim: Flexibilität – bei Existenz unabhängiger Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden und kollektiven Tarifabschlüssen (Toharia 1986, S. 175). Aber die Tendenzen ›postfordistischer‹ Akkumulation in Spanien sind schon eine andere Geschichte und liegen jenseits der Ambitionen dieses Aufsatzes.

Anmerkungen

- 1 Wir wollen es zunächst bei diesem intuitiven Terminus belassen, bis sich im Laufe der Argumentation Notwendigkeit und Gelegenheit ergeben, ihn begrifflich zu entfalten.
- 2 Zur Bedeutung dieses Jahres später.
- 3 Gleichzeitige Realisierung von Wachstum, Preisstabilität, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht.
- 4 So schreibt etwa García Delgado: »Es ist natürlich keineswegs irrelevant, daß im europäischen Zusammenhang der spanische Entwicklungspfad der letzten 10 bis 15 Jahre dem allgemeinen zumindest vergleichbar scheint, wobei Spanien gegen Ende der achtziger Jahre einen stärkeren Wachstumsimpuls zur Schau stellt als der größte Teil der EG.« (García Delgado 1988, S. XVIII)
- 5 Diese Daten sind zumeist mühselig zusammengetragen und wegen der Natur der zugrundeliegenden Quellen immer nur mit der Einschränkung 'cum grano salis' zu interpretieren; vgl. etwa A. Carreras 1988.
- 6 Ulrich Zelinsky beispielsweise schreibt: »Untersucht man die Wandlungstendenzen und -kräfte in Spanien während des Franquismus, so kommt einer Phase – den Jahren 1957-59 – besondere Bedeutung zu. Sie wurde von Fachleuten als ›kopernikanische Wende‹ des Franquismus bezeichnet, als Voraussetzung für den relativ reibungslosen Übergang Spaniens zur Demokratie nach 1975.« (Zelinsky 1984, S. 279)
- 7 Diese Argumentation findet sich mit Nuancierungen in zahllosen neueren Publikationen zur spanischen Ökonomie. Hier sei lediglich auf zwei weitere Klassiker verwiesen: Nadal, J. u.a. (Hg.), *La economía española en el siglo XX – Una perspectiva histórica*, Barcelona 1987; Donges, J.B., *La industrialización en España*, Barcelona 1976.
- 8 Auf diesen letzten Punkt werde ich weiter unten noch eingehen.
- 9 Auf quantitative Illustrationen der Argumentation habe ich an dieser Stelle aus Gründen des Umfanges verzichtet. Der Leser sei verwiesen auf Altvater 1982, Bd. 1, S. 31 ff. und Mattick 1974.
- 10 »Zum ersten Mal in der Geschichte des kapitalistischen Weltsystems umfaßte das reorganisierte Hegemonialsystem, nun unter unanfechtbarer Führung der USA, nicht nur ein spezifisches Akkumulationsmodell und die Hegemonieausübung durch einen Nationalstaat mit den Medien der Regulierung (Geld, Recht, Macht und Ideologie), sondern auch ein differenziertes System internationaler politischer Organisationen, an die die Nationalstaaten, die in das hegemoniale System integriert waren, einen Teil ihrer nationalstaatlichen Souveränität abtreten. Der Weltmarkt ist nicht mehr nur ökonomischer Ort der Zirkulation von Waren, Geld und Kapital, ... sondern er ist politisch strukturiert: durch internationale Institutionen der Regulierung von ökonomischer Reproduktion und gesellschaftlichen und politischen Konflikten. Die Rede ist speziell von internationalen Währungsfonds, der Weltbank, dem GATT, den UN, die später durch eine Reihe regionaler Organisationen ... ergänzt werden.« (Altvater 1987, S. 210)
- 11 Die Chronologie der Intensivierung der ökonomischen Penetration Spaniens durch die Kapitale der Zentren via Außenhandel, Niederlassungen multinationaler Konzerne, Erwerb von Beteiligungen etc. ist schon des öfteren erzählt worden. Da es in diesem Papier vor allem um die Entwicklung eines Interpretationsschemas geht, schenke ich mir hier eine Skizze der wichtigsten Fakten. Diese mag sich der Leser etwa erschließen über Juan Muñoz u.a. 1978.
- 12 Dies ist die wohl zentrale Botschaft seines Buches »Der kurze Traum immerwährender Prosperität« von 1984.
- 13 Daten zum internationalen Vergleich finden sich etwa bei Delgado u. Muñoz-Cidad 1988, S. 124.
- 14 Beiläufig sei bemerkt, daß die in diesem Abschnitt thematisierte Nachfrageentwicklung natürlich nicht nur eine quantitative, sondern auch eine qualitative Seite hat. Deren Analyse müßte die Amerikanisierung der Konsummuster und die daraus resultierenden Konsequenzen ebenso in den Mittelpunkt stellen wie etwa die Implikationen für das spanische Bildungssystem.
- 15 Zahlen zum Einbruch der privaten Investitionen nach 1974 und zum Absinken ihrer Rentabilität finden sich etwa bei Moral Santfín 1981, S. 152.
- 16 Bei der spanischen Branchenstruktur ist diese Interaktion etwa für die quantitative Identifizierung der Weltmarkteinflüsse unverzichtbar.

Literatur

- Alonso, J.A. (1988): El sector exterior, in: J.L. García Delgado (Hg.), *España – Economía*, Madrid, S. 273-365
- Altvater, E. (1982): *Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise – Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik*, Berlin (2 Bände)
- Altvater, E. (1987): *Sachzwang Weltmarkt – Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien*, Hamburg
- Altvater, E. (1988): Die Enttäuschung der Nachzügler oder: Der Bankrott »fordistischer« Industrialisierung, in: B. Mahnkopf, *Der gewendete Kapitalismus – Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation*, Münster, S. 144-181
- Anderson, Ch.W. (1970): *The Political Economy of Modern Spain – Policy Making in an Authoritarian System*, Madison/Milwaukee/London
- Berzosa, C. u. F. Arbell (1981): La dependencia de la economía española: las inversiones extranjeras, in: R. Carballo u.a. (Hg.), *Crecimiento y crisis estructural en España*, Madrid, S. 305-316
- Beyme, K. v. (1971): Vom Faschismus zur Entwicklungsdiktatur – Machtelite und Opposition in Spanien, München
- Bueno Lastra J. u. J.M. García de la Cruz (1981): Imperialismo, empresas multinacionales y capitalismo español, in: R. Carballo u.a. (Hg.): *Crecimiento y crisis estructural en España*, Madrid, S. 317-338
- Carballo, R. (1981a): Crisis económica, sistema salarial y trabajadores, in: R. Carballo u.a. (Hg.), *Crecimiento y crisis estructural en España*, Madrid, S. 89-99
- Carballo, R. (1981b): Salarios, in: R. Carballo u.a. (Hg.), *Crecimiento y crisis estructural en España*, Madrid, S. 233-275
- Carreras, A. (1988): La industrialización española en el marco de la historia económica europea: ritmos y caracteres comparados, in: J.L. García Delgado (Hg.), *España – Economía*, Madrid, S. 79-115
- Donges, J.B. (1976): *La industrialización en España*, Barcelona
- Fuentes Quintana, E. (1988): Tres decenios de la economía española en perspectiva, in: J.L. García Delgado (Hg.): *España – Economía*, Madrid, S. 1-75
- García Delgado, J.L. (1981): Problemas de la industria española. Una visión del conjunto, in: R. Carballo u.a. (Hg.) *Crecimiento y crisis estructural en España*, Madrid, S. 407-425
- García Delgado, J.L. (1988): La economía española en la Europa del final del siglo XX. (Una presentación), in: J.L. García Delgado (Hg.), *España – Economía*, Madrid, S. XIII-XXX
- García Delgado, J.L. u. J.L. Muñoz Cid (1988): La agricultura: cambios estructurales en los últimos decenios, in: J.L. García Delgado (Hg.), *España – Economía*, Madrid, S. 119-152
- Gunther, R. (1984): Ökonomische Planung in einem autoritären System, in: P. Waldmann u.a. (Hg.), *Sozialer Wandel und Herrschaft im Spanien Francos*, Paderborn, S. 305-322
- Hurtienne, Th. (1988): Entwicklungen und Verwicklungen – methodische und entwicklungstheoretische Probleme des Regulationsansatzes, in: B. Mahnkopf, *Der gewendete Kapitalismus – Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation*, Münster, S. 182-224
- Kindelán, J.M. (1981): Política industrial y energética, in: R. Carballo u.a. (Hg.), *Crecimiento y crisis estructural en España*, Madrid, S. 317-338
- Lieberman, S. (1982): *The Contemporary Spanish Economy*, London
- Linz, J. (1970): An Authoritarian Regime: Spain, in: E. Allhardt/S. Rokkan, *Mass Politics*, Studies in Political Sociology, New York/London, S. 427-452
- Lipietz, A. (1982): Towards Global Fordism?, in: *New Left Review*, Nr. 3/4, S. 33-47
- Lipietz, A. (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff »Regulation«, in: *Prokla* 58, S. 109-137
- Lutz, B. (1989): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt/New York (2. Auflage)
- Maier, L. (1977): *Spaniens Weg zur Demokratie – Formen und Bedingungen der Opposition im Autoritären Staat* (unveröffentlichtes Manuskript seiner Dissertation am Fachbereich Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Pädagogik der Eberhard-Karls-Universität Tübingen)
- Malo de Molina, J.L. (1988): Mercado de trabajo: empleo y salarios. Distorsiones y ajustes, in: J.L. García Delgado (Hg.), *España – Economía*, Madrid, S. 927-951

- Mattick, P. (1974): Krisen und Krisentheorien, in: P. Mattick u.a. (Hg.), *Krisen und Krisentheorien*, Frankfurt
- Moral Santín, J.A. (1981): El capitalismo español y la crisis, in: R. Carballo u.a. (Hg.), *Crecimiento y crisis estructural en España*, Madrid, S. 115-191
- Muñoz, J. u.a. (1978): *La internacionalización del capital en España 1959-1977*, Madrid
- Nadal, J. u.a. (Hg.) (1987): *La economía española en el siglo XX – Una perspectiva histórica*, Barcelona
- Naredo, J.M. u.a. (1977): *La agricultura en el desarrollo capitalista español (1940-1970)*, Madrid
- Palacio Morena, J.I. (1988): Relaciones laborales y tendencias organizativas de los trabajadores y de los empresarios, in: J.L. García Delgado (Hg.), *España – Economía*, Madrid, S. 561-594
- Poulantzas, N. (1978): *Staatstheorie – Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie*, Hamburg
- Robinson, J. (1953): The Production Function and the Theory of Capital, in: *The Review of Economic Studies*, Bd. XXI
- Sudrià i Triay, C. (1988): El sector energético: condicionamientos y posibilidades, in: J.L. García Delgado (Hg.), *España – Economía*, Madrid, S. 177-196
- Sudrià i Triay, C. (1987): Un factor determinante: la energía, in: J. Nadal (Hg.), *La economía española en el siglo XX – Una perspectiva histórica*, Barcelona, S. 313-363
- Toharia, L. (1986): Un fordismo inacabado – Entre la transición política y la crisis económica: España, in: R. Boyer (Hg.), *La flexibilidad del trabajo en Europa*, Madrid, S. 161-184
- Vázquez Montalbán, M. (1986): *Historias de fantasmas*, Barcelona
- Vidal Villa, J.M. (1981): España y el imperialismo, in: R. Carballo u.a. (Hg.), *Crecimiento y crisis estructural en España*, Madrid, S. 317-338
- Viñas, A. u.a. (1979): *Política Comercial Exterior en España (1931-1975)*, Madrid (3 Bände)
- Viñas, A. (1981): *Los pactos secretos de Franco con Estados Unidos*, Bases, ayuda económica, recortes de soberanía, Barcelona
- Wallerstein, I. (1986): *Das moderne Weltsystem – Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert*, Frankfurt.
- Wellhöner, V. (1989): *Großbanken und Großindustrie im Kaiserreich*, Göttingen
- Zelinsky, U. (1984): Spaniens wirtschaftspolitische Wende von 1959; Vorgeschichte, Determinanten, Durchsetzungsstrategie, in: P. Waldmann u.a. (Hg.), *Sozialer Wandel und Herrschaft im Spanien Francos*, Paderborn, S. 279-303
- Moneda y Crédito, 70/1959, S. 75-111: El Plan de Estabilización Económica